

Solidaritätsaufruf von Ruiko MUTO,  
Vorsitzende des Fukushima-Klägerverbandes, Japan,  
anlässlich der Fukushima-Gedenkveranstaltung in Trier am 11. März 2019

Aus dem Japanischen übersetzt von Richard Pestemer

Hallo alle zusammen, ja heute sind es genau acht Jahre her, dass sich der Super-GAU in Fukushima ereignete. Und Euch allen danke ich aus meinem tiefsten Herzen heraus dafür, dass Ihr nie aufgegeben habt im Kampf für den Ausstieg aus der Atomkraftnutzung, Dafür gebührt Euch allen mein Respekt.

Auch heute noch bedrückt mich zutiefst und schmerzhaft, wenn mir diese Ereignisse erneut in Erinnerung gerufen werden, und wie widersinnig und ungerecht - verursacht durch eben diesen Super-GAU - das Leiden vieler Menschen weiterhin anhält.

Letztes Jahr wohnte ich den Gerichtsverhandlungen bei, bei denen sich das ehemalige Führungspersonal von TEPCO (der Tokyo Electric Power Company/ versorgt mehr als ein Drittel der jap. Bevölkerung, früher auch aus dem Super-GAU - Fukushima AKW Daiichi) seit 2012 in einem Strafrechtsverfahren zwangsweise unter Anklage gestellt wurde. In 36 Sitzungen wurden dabei das TEPCO-Führungspersonal zu ihrer Verantwortlichkeit für den Super-GAU befragt. In diesen Verhandlungen kristallisiert sich die im undurchsichtigen Trüben verborgene Wahrheit immer klarer auf.

Bei den langfristig angelegten Bewertungen und Einschätzungen, veröffentlicht von dem regierungsoffiziellen "Zentralinstitut zur Förderung der Erdbebenforschung" (Headquarter for Earthquake Research Promotion/ Jisshin Chousa Kenkyuu Suishin Honbu), wurde hinreichend hervorgehoben, dass ein gewaltiger Tsunami die Präfektur heimsucht hatte und somit mit höchster Wahrscheinlichkeit den Super-GAU ausgelöst hatte. Ausgehend von dieser Bewertung, die rechnerisch ergaben, dass ein 15.7 Meter hoher Tsunami wütete, schlussfolgerte das TEPCO-Personal, dass es zwingend erforderlich notwendig wäre sofort konkrete Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Die drei Hauptverantwortlichen von TEPCO hingegen, gleichwohl sie verschiedene dementsprechende Maßnahmen basierend auf klarer Faktenlage hätten ergreifen können, unternahmen nichts, sondern ließen das AKW Fukushima ungerührt weiterhin in Betrieb. Eine überbordende Vielzahl von Zeugenaussagen, Mails, Gerichtsprotokollen sowie weiteren juristisch hieb- und stichfesten Beweisführungen beweisen dies alles. Dessen ungeachtet wiederholten und beteuerten die Angeklagten stereotyp jegliche Verantwortung zurückweisend : "Habe nichts gesehen, Habe nichts gehört, Kann mich an nichts mehr erinnern, hatte keine Entscheidungskompetenz" !

Ende letzten Jahres, stellte der von einem Untersuchungsausschuss bestellte Rechtsanwalt fest, dass "die TEPCO-Angeklagten eine Verantwortung für den Super-GAU ablehnen, dass sie vielmehr ausschließlich in ihren eidesstattlich Erklärungen anderen die Schuld zuschieben wollen". Des weiteren stellte er fest: "Es ist vollkommen undenkbar einen Standpunkt einnehmen, als ob sie nicht in der Verantwortung stünden. Von wegen Mein Name ist Hase, ich weiß von nichts, ja diese bequeme, vorteilhafte Position nehmen die Verantwortlichen ein!" Er plädierte daher für die mögliche Höchststrafe von fünf Jahren Gefängnis wegen fahrlässiger Tötung im Dienste für die drei Angeklagten.

Am 13. März dieses Jahres wird TEPCO vor Gericht sein Schlussplädoyer vortragen lassen. Das abschließende Urteil ist wohl im Sommer dann zu erwarten. Und ich erhoffe mir inständig, dass TEPCO dann ohne Wenn und Aber zur Rechenschaft gezogen wird. Damit sich so ein tragischer Vorfall sich nie wieder ereignen kann, spreche ich mich für ein strenges gerechtes Gerichtsurteil aus.

Bis jetzt ist die Lage in Fukushima noch derart, dass die Ausrufung des Notstandes verursacht durch den Super-GAU noch nicht aufgehoben wurde, sondern dass vielmehr weitere neue Probleme aufgetaucht sind. Toyoshi FUKETA erklärte in seiner Funktion als Generalmanager der Atomenergiebehörde Japans (seit 2017) sowie Vorsitzender des Kontrollausschusses für den Betrieb der Atomkraftwerke, dass innerhalb des Gelände von TEPCO, sprich u.a. auf dem Betriebsgelände des AKWs Fukushima Daiichi, weiterhin untersucht werde wie das mit Tritium radioaktiv verseuchte Wasser sicher entsorgt werden könne, und dass solange man über keine sichere Entsorgungsmethode verfüge, man nicht umhin käme das radioaktiv belastete Wasser ins Meer abzulassen. Dem gegenüber forderten auf zahlreichen vom Wirtschaftsministerium veranstalteten öffentlichen Anhörungen Bürgerinnen und Bürger, dass das radioaktiv verseuchte Wasser ohne ins Meer abzulassen an Land sicher deponiert werden müsse. Auch ich (Ruiko MUTO, Vorsitzende des Fukushima-Klägerverbandes), habe zusammen mit anderen Frauen auf solchen öffentlichen Anhörungen Vorschläge eingebracht. Und selbstredend haben die Fischer entschieden gegen die Verklappung von radioaktiv verseuchtem Wasser opponiert. Aber dessen ungeachtet hat der Unterausschuss des Wirtschaftsministeriums all diese warnenden Stimmen hinsichtlich des radioaktiv belasteten Wassers am 28. Dezember letzten Jahres in seiner Debatte schlicht und ergreifend nicht als Denkanstöße aufgegriffen und überdacht. Darüber hinaus wurde die Richtung eingeschlagen die 2400 Messstationen zur Überprüfung der Radioaktivität, die in der Präfektur Fukushima nach dem Super-GAU errichtet worden waren, abzubauen; Maßnahmen, die wie es nicht anders zu erwarten war vom Kernenergieausschuss (Nuclear Regulation Authority/Genshiryoku Kisei linkai) veranlasst wurden. Als Reaktion darauf wurde ein Bürgerausschuss gebildet, der den Fortbestand der Messstationen einforderte. Überall wurde auf den öffentlichen Anhörungen von Bürgerinnen darunter viele Mütter, in Sorge um die nachwachsende Generation, laut und vernehmlich gegen den Abbau der Messstationen protestiert. Und gut ein Drittel der Gemeinden in der Präfektur Fukushima richten sich mit Meinungsbekundungen, die eine Einstellung der Abbaumaßnahmen wünschten, an die japanische Zentralregierung.

Nachweislich hat die Stadt Nihonmatsu in der Präfektur Fukushima versucht radioaktiv kontaminierte Erde für den Straßenbau als Recyclingmaterial zu vergraben, ein Vorhaben was von den Bürgern gestoppt werden konnte. Aber nunmehr gibt es Planungen kontaminierte Erde im Autobahnausbau, der innerhalb der Stadt Minamisoma vorangetrieben wird, zu verwenden. Und in der Gemeinde Iitate schreiten die Planungen voran innerhalb der "problematischen Rückkehrgebiete" (also die bewohnten Gebiete die hochgradig nach dem Super-GAU kontaminiert waren vgl. zu den Sperrzonen um Tschernobyl und daher unbewohnbar sind) als Schutzdämme für Ackerland (in Japan oft Wasserreisfelder!) kontaminierte Erde als Recyclingmaterial zu nutzen. Befürchtet wird zudem, dass japanweit solche Vorgaben praktiziert werden.

Im vergangenen Jahr hat der Sonderberichterstatter des UN-Menschenrechtsrat eingefordert, dass die Jahresbelastung mit radioaktiver Strahlung von 20 Millisievert auf 1 Millisievert für gebärfähige Frauen und Kinder abgesenkt wird. Aber anstatt dessen werden die staatlichen Unterstützungsmaßnahmen für mietfreie Ersatzwohnungen gestrichen, um mit Pressionen

diejenigen, die ausserhalb der radioaktiv belasteten Problemzonen lebenden Evakuierten zu einer Rückkehr zu bewegen. Die bislang gewährten Unterstützungsmaßnahmen der Fukushima-Präfektur laufen zudem Ende März dieses Jahres aus. Weitere werden danach nicht mehr gewährt.

Der Gouverneur der Präfektur Fukushima teilte zudem mit, dass bis zum Jahresende 2019 die Versorgung von Notunterkünften für Evakuierte eingestellt wird, was diejenigen betrifft, die aus den radioaktiv hochbelasteten Zonen der vier Städte und Gemeinden von Namie, Tomioka, Katsurao und Iitate evakuiert wurden.

Und so kommt, dass es in diesem Jahr notwendig sein wird, dass vom UN-Ausschuss zur Wahrung der Rechte der Kinder eine dringende Empfehlung zur Aufhebung dieser inhumanen Maßnahmen ausgesprochen wird.

Ab dem Zeitpunkt des Super-GAU wurden die Unter-18jährigen auf Schilddrüsenkrebs hin medizinisch untersucht. Gegenwärtig wird mitgeteilt, dass bei 166 Personen Schilddrüsenkrebs diagnostiziert wurde, bei weiteren 40 Personen gibt es diesbezüglich einen begründeten Verdacht, d.h. insgesamt sind also 206 Personen betroffen. Aber im vergangenen Jahr wurde von dem Ausschuss zur Bewertung von Schilddrüsenkrebs offiziell mitgeteilt, dass darunter 11 Personen gäbe, die vorgeblich nicht von Schilddrüsenkrebs betroffen wären. Nur unter erheblichen öffentlichen Druck von einer mit den Krebskranken sympathisierenden tatkräftigen Bürgerinitiative wurde erreicht, dass auch ohne von der Präfektur-Verwaltung durchgeführten Gesundheitsuntersuchungen diese vorgeblich nicht von Schilddrüsenkrebs befallenen 11 Betroffenen außerhalb der präfektur-eigene Klinik schließlich doch operiert werden konnten.

Dieser Ausschuss zur Bewertung von Schilddrüsenkrebs ist der Auffassung, dass sie, auch wenn sie mit den Überprüfungen im Zusammenhang mit dem Ereignissen nach dem Super-GAU beteiligt war, sich nicht in der Lage sieht die korrekte Anzahl der Schilddrüsen-Vorfälle bei Kindern anzugeben und ohne dies eine korrekte umfassende Bewertung nicht möglich wäre. Es kam innerhalb dieses Ausschusses zu heftigen Auseinandersetzungen, nämlich darüber, ob es notwendig und wichtig wäre, das Schwergewicht auf die Früherkennung von Schilddrüsenkrebs und die medizinische Frühbehandlung zu legen. Zudem gab es sogar Ausschussmitglieder, die eine Reduzierung der Untersuchungen vorschlugen, und dies ausdrücklich damit begründeten, dass durch die exzessiven Diagnosen bei denen es darauf ankomme auf Teufel komm raus Krebs festzustellen, denn erst dann sei letztendlich die Diagnose gut. Und gerade deshalb grenzten die in den Schulen durchgeführten umfassenden Diagnosen an Menschenrechtsverletzungen.

Es dauerte bis zum hiesigen Jahr, dass in den Zeitungen berichtet wurde wie zum Zeitpunkt nach dem Super-GAU, nämlich im Mai 2011 das Landesforschungsinstitut, hier das Nationale medizinische Forschungsinstitut für Radiologie verlautbarte, dass – (nahe gelegen zum AKW Fukushima Dai Ichi) – die festgestellten Strahlendosiswerte für Schilddrüsenkrebs usw. bei elfjährigen Mädchen, die in der Stadt Futaba (übrigens nahe gelegen zum havarierten AKW Fukushima Dai Ichi) sich auf 100mSv beliefen. Bislang wurde hingegen immer wieder vom Land behauptet: "Kinder mit einer Strahlendosis-Belastung von 100mSv gibt es nicht." Und klar wurde inzwischen auch, dass ein amtliches Dokument fabriziert wurde, wo festgestellt wurde "Es gibt keine Probleme" hinsichtlich radioaktiver Belastungen bei den aus den Problemzonen evakuierten Personen, alles Aussagen, die ohne hinreichende Untersuchungen verbreitet wurden. So wurde

inzwischen vielmehr aufgedeckt, dass sich die fehlerhaften Schätzungen der Strahlendosisbelastungen für die Stadt DATE, im Nordosten der Präfektur Fukushima gelegen, nur auf ein Drittel der besagten 100 mSv beliefen. Immer mehr klärt sich im Zusammenhang mit den tatsächlichen radioaktiven Verstrahlungen und den Gesundheitsschäden auf wie hier mit zweifelhaften Methoden Vertuschung betrieben wurde.

Wenn sich einmal solch ein Super-GAU ereignet, dann sollte man doch glauben, dass sich so etwas nicht wieder ereignen wird. Was TEPCO betrifft, so wünsche ich mir, dass sie sich für den völligen Rückzug aus der Atomkraftnutzung entscheiden, der Wahrheit ins Gesicht sehen und ernsthaft über alles nachdenken.

Und was Nihon Genden – die Japan Atomic Power Company – angeht, so hoffe ich, dass sie sich schnellstmöglich trotz ihrer offensichtlichen Widerspenstigkeit dafür entscheiden, das AKW Tokai "2 endgültig stillzulegen und sie zu der Erkenntnis kommen "Es gibt keine sicheren Atomkraftwerke!".

Denke ich an Fukushima, dann ist es für mich, für uns eine Ermutigung und ein Ansporn zu sehen, wie es überall Mitstreiterinnen und Mitstreiter gibt, die bereit sind, die Auseinandersetzungen mit TEPCO und der Japan Atomic Power Company fortzusetzen. Honto ni arigatouu gozaimasu – Allerherzlichsten aufrichtigen Dank an Euch alle. Lasst uns daher gemeinsam unsrer Kräfte bündeln für ein Japan, für eine Welt, wo ein jeder Mensch den anderen Menschen als wertvoll erachtet, wo wir uns alle wohlfühlen, ein Japan, eine friedliche Welt ohne Atomwaffen und Atomkraft, wo es weder Krieg noch Diskriminierung gibt.